

AKTUELLE CHRONIK
(Dezember 1983 - Februar 1984)

von
Herbert Kaminski

S Ü D A S I E N - P A Z I F I K - R E G I O N

Anfang Dez. fand in Jakarta die erste Jahrestagung des "Rats für Menschenrechte in Asien" statt, auf der Menschenrechtsverletzungen vor allem auf den Philippinen, in Indonesien und Thailand zur Sprache kamen. Eine internationale Kommission, der auch der ehemalige Vizepräsident und Außenminister Indonesiens, Adam Malik, angehört, will die Tätigkeit der "Todesschwadron" in Indonesien, denen bisher 3.000 "Kriminelle" zum Opfer gefallen sein sollen, aufklären. Laut dem Vorsitzenden des Anwaltskomitees für internationale Menschenrechte, dem amerikanischen Richter Marvin E. Frankel, werden auf den Philippinen die Menschenrechte in grober Weise verletzt, und die Situation soll sich 1983 deutlich verschlechtern haben.

Die Neuverschuldung asiatisch-pazifischer Staaten hat sich 1983 gegenüber 1982 um 43,4% von 27,5 auf 15,5 Mrd. US\$ verringert. Teils haben sich diese Staaten bewußt weniger verschuldet, teils wurde ihnen die Neuverschuldung wesentlich erschwert. Nur in Indonesien stieg die staatliche Kreditaufnahme, da dieses Land Anpassungsschwierigkeiten an die rückläufige Nachfrage nach und den sinkenden Preis von Erdöl hat. Die Neuverschuldung im Ausland 1983 in Mrd.US\$:

Rang	Staat	Neu- verschuldung	1982
1.	Süd-Korea	3,63	4,86
2.	Australien	3,40	6,32
3.	Indonesien	2,35	1,67
4.	Malaysia	1,44	2,62
5.	Hongkong	1,43	1,75
6.	Philippinen	0,99	1,40
7.	Indien	0,75	1,17
8.	Neuseeland	0,38	3,60
9.	Thailand	0,36	0,74
10.	Singapur	0,16	0,79
11.	Taiwan	0,16	0,62
12.	Sri Lanka	0,04	0,11
13.	VR China	0,02	0,63

Vom 26.-30.1. fand in Jakarta die erste Informationsminister-Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten statt, auf der 80 Delegationen der 101 Mitgliedsländer der Blockfreien Bewegung über eine neue internationale Informations- und Kommunikationsordnung diskutierten. Der indonesische Staatspräsident Suharto warnte in der Eröffnungsansprache unter Hinweis auf die Überlegenheit der Technik des Informations- und Kommunikationswesens in den Industrieländern vor einer Krise des Selbstvertrauens der Entwicklungsländer. Beratungsschwerpunkte waren der Zustand der eigenen Informationsverhältnisse und die Beziehungen untereinander; an beidem wurde Kritik geübt. Im abschließenden "Jakarta-Appell an die Massenmedien" werden diese ersucht, künftig Abstand von der Verbreitung von Informationen zu nehmen, die Interessen blockfreier Länder schädigen.

Am 14. und 15.2. führte der sowjetische Parteichef Tschernjenko anlässlich der Begräbnisfeierlichkeiten für den verstorbenen Staats- und Parteichef Andropow Gespräche u. a. mit Indiens Premierministerin Indira Gandhi, die eine Einladung zu einem Indien-Besuch aussprach, die Tschernjenko annahm, und mit dem vietnamesischen Staatsratsvorsitzenden Truong Chinh; letzteres fand in einer Atmosphäre der "brüderlichen Freundschaft und kompletten Übereinstimmung" statt. Die Sowjetunion und Vietnam sind laut TASS an der Schaffung einer "Zone des Friedens" in Südostasien interessiert. Der chinesische Vizepremier Wan Li, der die ranghöchste Delegation anführte, die seit 20 Jahren aus Peking nach Moskau reiste, wurde vom Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Aliew empfangen, der versicherte, daß die Sowjetunion unbeirrt für eine Verbesserung der Beziehungen zu China eintrete. Den japanischen Außenminister Abe empfing Außenminister Gromyko, der offen kritisierte, daß es nach Ansicht Moskaus in Japan an dem notwendigen Widerhall für gutnachbarliche Beziehungen mit der Sowjetunion fehle.

Im Febr. verstärkte die Sowjetunion ihre in Wladiwostok stationierte Pazifikflotte durch einen zweiten Flugzeugträger, und zwar durch die zur Kiew-Klasse gehörende "Noworossijsk" (43.000 BRT).

S Ü D A S I E N

BANGLADESH. Vom 6.-11.12. fand die 14. Außenminister-tagung der Islamischen Konferenz in Dhaka statt, auf der eine gemeinsame Erklärung zum iranisch-irakischen Krieg nicht zustande kam. Außerdem war über die Palästina-Fra-

ge, die Entwicklung im Libanon, die sowjetische Besetzung Afghanistans und das Zypern-Problem beraten worden.

Am 9.12. und 23.1. bewaffnete Zusammenstöße an der Grenze zu Indien (mindestens 14 Tote).

Am 11.12. ernannte sich Generalleutnant Hussain Mohammed Ershad zum Staatspräsidenten unter gleichzeitiger Beibehaltung seines Amtes als Regierungschef und "Oberster Kriegsrechtsverwalter". Der von Ershad im Mai 1982 ernannte Staatspräsident Ashanuddin Choudhury soll "freiwillig" zurückgetreten sein. Ershads Kabinett wurde aufgelöst, aber die bisherigen sechzehn Minister sollen der neuen Regierung erneut angehören.

Am 14.12. verfügte Präsident Ershad die Freilassung aller Häftlinge, die während der regierungsfeindlichen Demonstrationen im Nov. 1983 festgenommen worden waren.

Am 27.12. wurden neun weitere sowjetische Diplomaten zu "unerwünschten Personen" erklärt und zum schnellen Verlassen des Landes aufgefordert. Gleichzeitig wurde die Verringerung des sowjetischen Botschaftspersonals und die Schließung des sowjetischen Kulturinstituts in Dhaka verlangt. Es gab Hinweise, daß sowjetische Diplomaten in die regierungsfeindlichen Demonstrationen verwickelt waren.

Vom 27.12.-10.1. Gemeindewahlen, in denen 4.400 Dorfräte gewählt werden sollten. Schon in den ersten Tagen heftige Zusammenstöße zwischen rivalisierenden Gruppen (mindestens sieben Tote und 225 Verletzte), woraufhin in etwa 100 Wahlkreisen die Wahllokale geschlossen und die Wahlen verschoben wurden. Mit diesen Wahlen sollte die Rückkehr zur Demokratie eingeleitet werden.

Am 3.1. lud Präsident Ershad die Opposition zu Gesprächen ein; am 7.1. ließ er beschränkte politische Aktivitäten (Versammlungen in geschlossenen Räumen) wieder zu und hob die Pressezensur für innenpolitische Meldungen auf. Bei den Gesprächen mit der Opposition fehlten die Repräsentanten der beiden wichtigsten Oppositionsparteien: Frau Hasina Wazed (Tochter des ersten Regierungschefs Sheikh Mujibur Rahman) von der Awami-Liga und Frau Khaleda Zia (Witwe des 1981 ermordeten Präsidenten Zia-ur-Rahman) von der früher regierenden National-Partei. Sie machten einen Dialog mit der Militärregierung von der unbeschränkten Zulassung politischer Aktivitäten sowie der Freilassung politischer Häftlinge abhängig. Außerdem forderte die Opposition vorgezogene Parlamentswahlen und sofortige Aufhebung des Kriegsrechts.

Am 13.1. legte Ex-Präsident Abdus Sattar den Vorsitz in der oppositionellen National-Partei nieder.

Am 22.2. wurde die Rajshahi-Universität in Dhaka nach zweiwöchigen Studentenunruhen geschlossen. Am 28.2. sol-

len bei Zusammenstößen zwischen Polizei und demonstrierenden Studenten fünf Menschen getötet und über 200 verletzt worden sein. Die Studenten protestierten gegen das seit 23 Monaten geltende Kriegsrecht und riefen zum Generalstreik auf. Über die Zusammenstöße wurde eine Nachrichtensperre verhängt.

INDIEN. Die Regierung schloß Anfang Dez. mit der Deutschen Dornier GmbH ein Abkommen über die Lizenzfertigung des Mehrzweck- und Zubringerflugzeugs Dornier 228 durch die Hindustan Aeronautics Ltd. ab.

Am 3.12. hob die Grenzpolizei einen pakistanischen Spionagering im überwiegend muslimischen Bundesstaat Jammu und Kaschmir aus und verhaftete 69 Personen.

Am 23.12. fanden in den fünf nord-indischen Bundesstaaten Uttar Pradesh, Bihar, Rajasthan, Haryana und Westbengalen Nachwahlen für drei Sitze im Bundesparlament und elf Mandate in Landesparlamenten statt. Der regierende Indira-Kongreß errang einen Sitz im Bundesparlament und acht Sitze in den Landesparlamenten. In Westbengalen nahm die Kongreß-I der dort regierenden Kommunistischen Partei unabhängiger Marxisten (CPI-M) zwei Mandate ab. Die Partei Indira Gandhis verfügt jetzt im Bundesparlament über 356 der insgesamt 547 Sitze. In Uttar Pradesh, im Wahlkreis Pilibhit, nahm die Rashtriya Sanjay Manch, die erst vor wenigen Monaten von Maneka Gandhi (der abtrünnigen Schwiegertochter Indiras) gegründet worden war, dem Kongreß-I das Abgeordnetenmandat weg. Den Parlamentssitz von Bettiah/Bihar gewann die pro-sowjetische KPI.

Vom 27.-30.12. fand der 77. Parteitag der regierenden Kongreß-I-Partei in Kalkutta statt.

Am 31.12. erreichte eine 83köpfige indische Delegation die Antarktis, um dort die erste permanente indische Forschungsstation zu errichten.

Vom 4.-9.1. Besuch von Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff, der mit Premierministerin Gandhi und mehreren Ministern die internationale Lage und die deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen erörterte.

Am 9.1. wurden elf Kinder und Jugendliche im Bundesstaat Bihar Opfer einer seit Jahren anhaltenden Fehde zwischen zwei Kasten.

Am 10.1. wurde N.T. Rama Rao, Chefminister von Andhra Pradesh, durch ein Attentat verletzt.

Mitte Jan. schwere Zusammenstöße zwischen pro-pakistanischen Separatisten und Polizei im Bundesstaat Jammu und Kaschmir.

Indien will auf weitere IWF-Kredite in nächster Zeit verzichten, obwohl es noch 1,1 Mrd.US\$ in Anspruch nehmen könnte.

Vom 25.-31.1. blutige soziale und religiöse Unruhen im Punjab, wo militante Sikhs mehr kulturelle und politische Unabhängigkeit von der Zentralregierung fordern, in Karnataka (Kampf der Bauern um Land-Besitzrechte), in Jammu und Kaschmir (pro-pakistanische Separatisten) sowie in Bombay (24-Stunden Generalstreik für höhere Enteignungs-Entscheidungen).

Am 29.1. Besuch einer sowjetischen Delegation unter Leitung des Stellv. Ministerpräsidenten Weniamin Dymshitz. Indien erwartete seit längerem den Besuch von Staats- und Parteichef Andropow. Statt seiner sollte am 6.2. Verteidigungsminister Ustinow nach Neu-Delhi kommen; dieser Besuch wurde am 4.1. ohne Angabe von Gründen abgesagt. Im nachhinein stellte sich heraus, daß die schwere Erkrankung Andropows, der am 9.2. starb, der Grund war. Der Besuch Ustinows wurde auf Anfang März verschoben.

Am 3.2. große regierungsfeindliche Demonstrationen in Assam anlässlich des Besuchs von Premierministerin Gandhi.

Am 5.2. verbot die Regierung das Tragen von Waffen in Amritsar.

Am 4.2. feierte das mit mehr als einer Mrd. DM deutscher Kapitalhilfe erbaute Stahlwerk Rourkela sein 25jähriges Bestehen; am 5.2. bestand das mit sowjetischer Hilfe errichtete Stahlwerk Bhilai ebenfalls 25 Jahre.

Am 3.2. wurde der Diplomat Ravindra Mhatre (48) vom indischen Konsulat in Birmingham/GB entführt und am 6.2. ermordet aufgefunden. Die Entführer, die sich "Befreiungsarmee von Kaschmir" nannten, hatten eine Mio. f Lösegeld und die Freilassung mehrerer politischer Häftlinge, vor allem von Maqbool Butt, gefordert. Der Pakistaner Butt (50), Gründer der für die Angliederung des indischen Teils Kaschmirs an Pakistan kämpfenden "Nationalen Front für die Befreiung Kaschmirs", war wegen Ermordung zweier indischer Regierungsbeamter in den Jahren 1966 und 1970 zum Tode verurteilt worden. Jetzt ordnete ein Gericht am 9.2. seine Hinrichtung an, die am 11.2. vollzogen wurde. Außerdem ließ die Regierung über 400 pro-pakistanische Separatisten in Kaschmir verhaften. Durch diese Vorgänge erhöhten sich die Spannungen zwischen Indien und Pakistan. Ein Treffen der Informationsminister beider Länder wurde ebenso abgesagt wie die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen den Staatssekretären der jeweiligen Außenministerien.

Den ganzen Febr. hindurch schwere Unruhen in den Bundesstaaten Punjab und Haryana durch militante Sikhs; über 60 Tote und mehrere hundert Verletzte.

Am 25.2. Besuch des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Lubomir Strougal.

PAKISTAN. Anfang Dez. Demonstrationmärsche in Kaschmir für die Wiederherstellung der Demokratie.

Am 19.12. gab Präsident Zia-ul-Haq bekannt, daß bis Juni 1984 alle Gesetze in Übereinstimmung mit dem Koran gebracht werden sollen.

Anfang Jan. legte das Kollegium islamischer Schriftgelehrter nach über siebenjährigen Beratungen den Entwurf einer islamischen Verfassung vor, nach der der Staatspräsident demokratisch gewählt werden soll. Die Gelehrten berufen sich dabei auf die Praxis der muslimischen Gemeinde unmittelbar nach dem Tode des Propheten Mohammed und auf die Wahlen zum Kalifen (632-660) bis zum Beginn der Omajjaden-Dynastie. Dem vom Volk gewählten Präsidenten werden zwei Gruppen von Schriftgelehrten zur Seite gestellt, die die Übereinstimmung der Gesetze mit dem Koran prüfen. Der Verfassungsentwurf befürwortet die Marktwirtschaft entsprechend der islamischen Lehre, die Individualeigentum keineswegs ablehnt. Die Regierung muß jedoch für eine gerechte Verteilung der Güter sorgen und Erscheinungen wie den Wucher verhindern.

Am 10.1. wurde bekannt, daß die Tochter des 1979 hingerichteten Premierministers Zulfikar Ali Bhutto, Benazir Bhutto, nach Aufhebung ihres Hausarrests ins Exil nach Europa gegangen ist.

Am 19.2. beschlossen Pakistan, Iran und die Türkei, den seit Juli 1964 bestehenden Kooperationsvertrag für die Regionalentwicklung zu reaktivieren.

Am 24.1. versprach Präsident Zia-ul-Haq, inhaftierte politische Führer vor den Parlamentswahlen (spätestens im März 1985) freizulassen.

Am 27.1. erließ Zia-ul-Haq eine Verordnung, nach der in Pakistan kein Gericht mehr eine Frau, gleich welchen Alters, zur Auspeitschung verurteilen darf.

Am 27.1. drangen zwei afghanische MiG-Kampfflugzeuge bei der Verfolgung muslimischer Widerstandskämpfer in pakistanisches Hoheitsgebiet ein und bombardierten ein Grenzort (mindestens 40 Tote und 60 Verletzte). Hierbei soll es sich bereits um die dritte Luftraumverletzung durch afghanische Kampfflugzeuge seit Jahresbeginn gehandelt haben. Am 29.1. bestritt der afghanische Geschäftsträger in Islamabad die Bombardierung.

Am 11./12.2. Demonstrationen wegen der Hinrichtung des kaschmirischen Führers Maqbool Butt in Indien.

Am 11.2. Verbot der Studentenverbände und Schließung ihrer Büros; Zusammenstöße zwischen Polizei und Studenten.

Am 13.2. erklärte Präsident Zia-ul-Haq, daß Pakistan nicht die Absicht habe, Atombomben herzustellen.

Am 18.2. nahm die Polizei 55 Personen fest, die versucht hatten, das Land illegal zu verlassen, um in Brunei zu arbeiten.

Laut Präsident und Oberstem Kriegsrechtsverwalter Zia-ul-Haq werden die für März 1985 vorgesehenen Parlamentswahlen möglicherweise auf Okt. 1984 vorgezogen, anschließend sollen die Provinzparlamente gewählt werden. Die Zulassung von Parteien ist nicht vorgesehen, da Zia-ul-Haq diese für "unislamisch" hält. Alle oppositionellen Kräfte lehnen Wahlen ohne Parteien ab. Die Aufhebung des Kriegsrechts ist für 1985 vorgesehen.

S Ü D O S T A S I E N

BIRMA. Am 9.12. verurteilte der Volksgerichtshof von Rangun unter Vorsitz von Oberstleutnant Maung Maung Aye die beiden nord-koreanischen Heeresoffiziere Major Zin Mo und Hauptmann Kang Mun Chul wegen des Attentats vom 9.10.83 auf den süd-koreanischen Staatspräsidenten Tschon Doo Hwan zum Tode. Bei dem Attentat waren 21 Menschen, darunter vier süd-koreanische Minister, getötet worden. Tschon war dem Anschlag knapp entgangen. Das Gericht gründete seinen Schuldspruch auf die Aussagen von 30 Zeugen und das umfassende Geständnis Kangs. Ein dritter Mittäter hatte sich in Rangun durch Selbstmord der Festnahme entzogen. Am 9.2. wies der Oberste Gerichtshof die Berufung der Angeklagten gegen das Urteil zurück. Über Art und Datum der Hinrichtung soll später befunden werden. Todesurteile werden in Birma sehr selten vollstreckt.

Am 22.2. Besuch des chinesischen Außenministers Wu Xueqian.

BRUNEI. Am 1.1. erlangte das im Nordwesten der Insel Borneo gelegene, erdölkreiche, 5.765 km² große Sultanat mit ca. 200.000 Einwohnern nach 96 Jahren britischer Herrschaft als 169. souveräner Staat der Welt die volle Unabhängigkeit. Sultan Muda Hassanal Bolkiah (37) übernahm die Ämter des Staatspräsidenten, des Premierministers sowie des Finanz- und Innenministers. Die übrigen Kabinettsposten bekleiden Mitglieder der seit 400 Jahren regierenden Sultansfamilie. Parteien und Wahlen gibt es nicht.

Am 7.1. wurde Brunei als sechstes Mitglied in die südostasiatische Staatengemeinschaft ASEAN aufgenommen; dies war die erste Neuaufnahme seit Gründung der ASEAN im Jahre 1967.

Vom 23.2.-3.3. feierte Brunei in seiner Hauptstadt Bandar Seri Begawan die Unabhängigkeit. Am offiziellen Festakt

nahmen ca. 5.000 Gäste aus 70 Ländern teil; die Bundesrepublik vertrat Staatssekretär Möllemann vom Auswärtigen Amt.

INDONESIEN. Am 4.12. Besuch von Michael Somare, Ministerpräsident von Papua-Neuguinea.

Am 6.1. gab Außenminister Mochtar Kusumaatmadja bekannt, daß der Vatikan und die USA ihre Besorgnis über die angeblich 3.000-4.000 mysteriösen Morde seit April 1983 in Indonesien zum Ausdruck gebracht haben. Der niederländische Außenminister warf den indonesischen Behörden vor, die Morde stillschweigend zu billigen. Informationsminister Harmoko wies jede Beteiligung der Regierung entschieden zurück.

Präsident Suharto gab Anfang Jan. bekannt, daß im Haushaltsjahr 1984/85 (beginnend am 1.4.) die Staatsausgaben gegenüber 1983/84 um 24% von 16.600 Mrd. auf 20.500 Mrd. Rupiah steigen werden. Um der Korruption zu begegnen, sollen die Beamten eine Gehaltserhöhung von 15% erhalten. Für die Schuldendienstleistungen in 1984/85 sind 2.600 Mrd. Rp vorgesehen (1983/84: 1.400 Mrd. Rp). Die Subvention für inländischen Treibstoff wird auf über 1.100 Mrd. Rp erhöht (= 64% Anstieg im Vergleich zu 1983/84). Die höheren Gesamtausgaben sollen durch einen Anstieg der inländischen Einnahmen um 16,8% auf 16.100 Mrd. Rp und eine Steigerung der Auslandshilfen um 61% auf 4.400 Mrd. Rp gedeckt werden. Seit dem 1.1.84 gelten striktere Steuergesetze, außerdem soll im Laufe dieses Jahres die Mehrwertsteuer eingeführt werden.

Am 6.2. scheiterte die von der amerikanischen Raumfähre "Challenger" ausgehende Stationierung des indonesischen Nachrichtensatelliten "Palapa B2" auf der vorgesehenen geostationären Umlaufbahn in 36.000 km Höhe durch Fehler am Triebwerk des von der amerikanischen Firma "Hughes Aircraft" hergestellten Satelliten. Kosten für Herstellung und Transport des Satelliten betragen etwa 200 Mio. DM, die voraussichtlich die Versicherung zu übernehmen hat.

Vom 25.-29.2. Besuch von Bundespräsident Carstens, der u.a. begleitet wurde vom Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke, dem Chef des Bundespräsidialamts, Neusel, sowie dem Sprecher der Bundesregierung, Boenisch. Carstens führte Gespräche mit Präsident Suharto, den er zu einem Besuch in die Bundesrepublik einlud, und weiteren führenden Politikern. Warnke unterzeichnete ein Finanzhilfe-Abkommen mit einem Volumen von 100 Mio. DM.

MALAYSIA. Am 14.12. Besuch des indonesischen Präsidenten Suharto.

Mitte Dez. konnte der seit August 1983 andauernde Streit um eine Verfassungsänderung, durch die der Einfluß der Sultane gemindert werden sollte, durch einen Kompromiß beigelegt werden, in dem Premierminister Mahathir wichtige Teile seiner Forderungen zurücknahm. Die Rechte von König und Sultanen bleiben weitgehend erhalten. So bleibt z.B. das Recht, einen Notstand auszurufen, beim König und geht nicht auf den Regierungschef über. Weiterhin können die Erb-Sultane, die neun der dreizehn Bundestaaten regieren, den von den Landesparlamenten beschlossenen Gesetzen ihre Zustimmung verweigern. Neu wird sein, daß, wenn der König, den die Sultane alle fünf Jahre aus ihren Reihen wählen, ein vom Bundesparlament beschlossenes Gesetz nicht unterschreibt, dieses nach nochmaliger Abstimmung im Parlament mit einer Zweidrittelmehrheit und nach einer Frist von 30 Tagen dennoch wirksam werden kann.

Am 30.12. kam im Bundesstaat Sarawak die Koalition der "National Front" durch Landtagswahlen wieder an die Regierung.

Am 13.1. Reise von Premierminister Mahathir nach Kanada; am 18.1. Weiterreise in die USA.

Am 31.1. starb Sultan Idris von Perak, einer der aussichtsreichsten Kandidaten für die Neuwahl zum König, im Alter von 59 Jahren an Herzversagen. Sultan Idris war einer der Wortführer im Kampf gegen die Verfassungsreform-Vorschläge von Premierminister Mahathir. Am 3.2. wurde Raja Tun Azlan Shah zum neuen Sultan von Perak proklamiert.

Am 5.2. Besuch des Präsidenten der Dreierkoalition des Demokratischen Kampuchea, Norodom Sihanouk.

Am 9.2. wählten die neun Sultane den 51jährigen Sultan Mahmud Iskandar von Johore zum neuen König für die nächsten fünf Jahre. Iskandar ist dafür bekannt, daß er seine Rechte als Sultan gegenüber den politischen Instanzen weit auslegte und voll in Anspruch nahm.

Am 14.2. Besuch des australischen Premierministers Bob Hawke.

Am 19.2. verbot die Regierung die Ausfuhr jener Affen, die für Tierversuche verwendet werden sollen. Malaysia ist eines der wichtigsten Exportländer dieser Tiere (jährlich etwa 5.000 Makak-Affen). Die Regierung entschloß sich zu diesem Schritt, nachdem bekannt geworden war, daß die Affen in den USA auch bei Experimenten mit radioaktiven Strahlen und zur Erprobung chemischer Waffen eingesetzt werden.

O S T A S I E N

VR CHINA. Ausländische Besucher: am 2.12. Robert Runcie, Erzbischof von Canterbury; am 13.12. Son Sann und Khieu Samphan, Führer des Demokratischen Kampuchea; am 7.1. Imelda Marcos, Frau des philippinischen Präsidenten; am 28.1. Paavo Vayrynen, Außenminister Finnlands; am 7.2. Bob Hawke, Premierminister Australiens; am 7.2. Kim Yong Nam, Außenminister Nord-Koreas.

Anfang Dez. wurde die Kampagne gegen "bürgerliche Einflüsse" begrenzt. Die parteiamtliche Pekinger "Volkszeitung" schrieb, um eine "gesunde Entwicklung" einzuleiten, dürfe die Kampagne gegen die "geistige Verschmutzung" nicht übertrieben werden. Anderenfalls werde das tägliche Leben der Bevölkerung sowie die wissenschaftliche Arbeit gestört. Die in der Wirtschaft eingeleitete Reform müsse ebenso fortgesetzt werden wie die Politik der offenen Tür zum Ausland.

Am 7.12. wurde ein chinesisch-britisches Abkommen über den Bau eines 4,6 Mrd. US\$ teuren Atomkraftwerks in China unterschrieben.

Im Dez. gab die Zeitschrift "China Finance" erstmals die Auslandsverschuldung Chinas bekannt. Sie betrug Ende Sept. 1983 3,0 Mrd. US\$, dem standen zum gleichen Zeitpunkt Währungsreserven von 14,1 Mrd. US\$ gegenüber.

Am 15.12. wurden die über drei Wochen in Brüssel geführten Textilverhandlungen zwischen der EG und China wegen mangelnder Übereinstimmung ergebnislos abgebrochen. Das Scheitern soll auf die chinesische Forderung, die Lieferungen in die EG wesentlich zu erhöhen, zurückzuführen sein. China verlangte um 20% höhere Quoten, die EG wollte aber nur Zuwachsraten von 1% einräumen. Am 13.1. legte die EG die Einfuhrquoten einseitig fest: Die Quote für Textilimporte aus China darf 1984 um 0,2% auf 7% steigen (entspricht einem Zuwachs von 2,9%).

Um eine Importschutzklage der amerikanischen Textilindustrie gegen China im Wahljahr zu vermeiden, stimmte US-Präsident Reagan am 18.12. einer Verschärfung der Einfuhrbestimmungen für Textilien aus China zu.

Am 23.12. unterzeichnete der Minister für Chemische Industrie der DDR, Wyschofsky, der als erster DDR-Minister seit zwanzig Jahren China besuchte, in Peking ein Abkommen über die Zusammenarbeit beider Staaten auf dem Gebiet der chemischen Industrie. Wyschofsky wurde auch vom Stellv. Ministerpräsidenten Wan Li empfangen. Mitte Dez. wurde in Ost-Berlin ein Protokoll über die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen China und der DDR unterzeichnet, das einen Austausch in den Bereichen Elek-

tronik, Maschinen- und Industrieanlagenbau, chemische Industrie und Landwirtschaft vorsieht.

Am 26.12. wurde in Peking der 90. Geburtstag des 1976 verstorbenen Mao Tse-tung - erstmals wieder seit fünf Jahren - mit viel Aufwand und Publizität gefeiert.

Die Bundesrepublik und China beschlossen für 1984 und 1985 ein umfangreiches Kulturaustauschprogramm, für das Bonn über 25 Mio. DM ausgeben wird. Schwerpunkte sind Wissenschaft und Ausbildung, vor allem die Vermittlung der deutschen Sprache.

Am 29.12. wurde der katholische Bischof Peter Joseph Fan - nachdem er bereits ab 1960 eine fünfzehnjährige Haftstrafe verbüßt hatte - erneut zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, weil er Priesterweihen vorgenommen und Beziehungen zum Vatikan unterhalten haben soll.

Die VR China erwirtschaftete nach chinesischen Angaben 1983 einen Außenhandelsüberschuß von 3,56 Mrd. US\$ (im Vorjahr 4,60 Mrd. US\$); die chinesische Ausfuhr stieg um 0,4% auf 21,7 Mrd. US\$, die Einfuhr um 6,6% auf 18,1 Mrd. US\$.

Seit Anfang Jan. gehört China als 112. Mitglied der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), einer UN-Sonderorganisation in Wien, an. Die IAEO überwacht die nichtmilitärischen Atomanlagen in den Mitgliedsländern.

Ministerpräsident Zhao Ziyang besuchte vom 8.-16.1. die USA und vom 17.-23.1. Kanada. Dies war der erste Besuch eines chinesischen Regierungschefs in Nordamerika. Anlässlich des Besuchs unterzeichneten China und die USA am 12.1. in Washington ein Abkommen über technische, industrielle und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Trotz der unverändert harten Meinungsverschiedenheiten in der Taiwan-Frage bezeichneten beide Seiten das Treffen als nützlich und erfolgreich. Im April 1984 wird US-Präsident Reagan zum Gegenbesuch nach Peking reisen.

Ende Jan. schoß China seinen dreizehnten Forschungs-satelliten in eine Erdumlaufbahn.

Am 1.2. hob China seine diplomatischen Beziehungen zu den Niederlanden wieder auf Botschafterebene an. 1981 hatte Peking seine Beziehungen zu Den Haag auf das Niveau von Geschäftsträgern gesenkt, nachdem die Niederlande beschlossen hatten, zwei - heute noch im Bau befindliche - U-Boote an Taiwan zu liefern. Am 21.12. hatte sich jedoch die niederländische Regierung geweigert, vier weitere U-Boote an Taiwan zu verkaufen.

Am 11.2. unterschrieb der Stellv. sowjetische Außenhandelsminister Grischin in Peking ein Handelsabkommen; die Sowjetunion und China vereinbarten für 1984 eine Verdopplung des Handelsvolumens gegenüber 1983.

Bundeskanzler Kohl wird voraussichtlich vom 7.-15.10.84 die VR China besuchen.

JAPAN. Die Jahresendbonus-Zahlungen Anfang Dez. stiegen durchschnittlich um 2,4% im Vergleich zum Vorjahr (entspricht etwa der Inflationsrate) und damit weniger als in den acht Jahren zuvor. Während im Export engagierte Firmen gut verdienten, sahen sich andere Branchen zu einer ertragsbedingten Rücknahme des Bonus veranlaßt, so z.B. die Stahlindustrie, weite Teile des Maschinenbaus, die Nichteisenmetallindustrie und die Supermärkte.

Am 4.12. starb der ehemalige Außenminister Toshio Kimura im Alter von 74 Jahren an Herzversagen.

Die zum Yomiuri-Zeitungskonzern gehörende Nippon Television Company (NTV) finanziert die voraussichtlich zwölf Jahre dauernde Restaurierung der Fresken des Michelangelo in der Sixtinischen Kapelle. Als Gegenleistung erhielt NTV vom Vatikan die Welturheberrechte für alle Filme und Photos von den Restaurierungsarbeiten, gültig bis drei Jahre nach Abschluß des Projekts.

Am 10.12. wurden zwei japanische Fischerboote von nord-koreanischen Patrouillenbooten im Japanischen Meer aufgebracht.

Die vorgezogenen Unterhauswahlen am 18.12. erbrachten bei einer für Japan niedrigen Wahlbeteiligung von 67,94% folgendes Ergebnis (in Klammern das Ergebnis von 1980):

Partei	Mandate	Prozent
Liberaldemokratische Partei	250 (284)	45,8 (47,9)
Sozialistische Partei	112 (107)	19,5 (19,3)
Komei-to	58 (33)	10,1 (9,0)
Demokratische Sozialisten	38 (32)	7,3 (6,6)
Kommunisten	26 (29)	9,3 (9,8)
Unabhängige	16 (11)	4,9 (3,5)
Neoliberaler Club	8 (12)	2,4 (3,0)
Soziale Demokraten	3 (3)	0,7 (0,7)

Die seit 28 Jahren regierende Liberaldemokratische Partei (LDP) verlor ihre absolute Mehrheit im 511 Sitze zählenden Unterhaus. Ministerpräsident und Parteichef Yasuhiro Nakasone (65) bezeichnete das Ergebnis als einen "sehr harten Schlag", erklärte aber, im Amt bleiben zu wollen. Die Verluste wurden u.a. durch die (noch nicht rechtskräftige) Verurteilung von Ex-Premier Kakuei Tanaka wegen passiver Bestechung verursacht. Tanaka selbst jedoch wurde im nord-japanischen Wahlkreis Niigata mit seinem besten Er-

gebnis aller Zeiten erneut als Unabhängiger ins Parlament gewählt. Die Börse in Tokyo reagierte auf die in dieser Höhe unerwartete Wahlniederlage der LDP mit einem kurzfristigen Kurseinbruch. Neun als Unabhängige Gewählte traten in die LDP ein, die dadurch ihre absolute Mehrheit zurückerwarb. Nakasone wurde am 26.12. von beiden Parlamentskammern zum zweitenmal zum Ministerpräsidenten gewählt: Im Unterhaus erhielt er 265 der 509 abgegebenen Stimmen, im Oberhaus 131 von 252. Am 27.12. wurde - nachdem Nakasone mit den acht Abgeordneten des Neuliberalen Clubs (NLC) eine Koalition eingegangen war - das neue, aus 21 Mitgliedern bestehende Kabinett gebildet. Die Schlüsselministerien erhielten:

Äußeres	Shintaro Abe
Finanzen	Noboru Takeshita
Intern. Handel u. Industrie	Hikosaburo Okonogi
Justiz	Eisaku Sumi
Inneres	Seiichi Tagawa (NCL-Vors.)
Kabinetts-Sekretär	Takao Fujinami
Verteidigung	Yuko Kurihara.

Generalsekretär der LDP - de facto das zweitwichtigste Amt in Partei und Staat - wurde Rokusuke Tanaka (Suzuki-Fraktion), der damit Susumu Nikaido (Kakuei Tanaka-Fraktion) ablöste. Ansonsten konnte die Tanaka-Fraktion mit sechs Ministern ihren starken Einfluß in der Regierung behalten.

Japan schenkt Ägypten den Bau eines neues Opernhauses in Kairo; Kosten etwa 75 Mio. DM; Baubeginn April 1984.

Die japanische Handelsbilanz 1983 weist den Rekordüberschuß von 31,6 Mrd. US\$ auf; gegenüber der EG schloß die Bilanz mit +10,51 Mrd. US\$, gegenüber den USA mit +18,14 Mrd. US\$. Der japanische Export stieg um 5,6% auf 145,4 Mrd. US\$, die Importe sanken (vor allem von Erdöl) um 4,9% auf 113,8 Mrd. US\$. Der japanische Leistungsbilanzüberschuß 1983 stieg im Vergleich zu 1982 um mehr als das Dreifache auf 21 Mrd. US\$.

Japan will mit Wirkung vom 1. April 1984 Zölle für 1.280 Industrie- und Bergbauerzeugnisse vorzeitig reduzieren; die Senkung war zunächst erst für 1985 geplant.

Anfang Januar gab die Mitsubishi Motors Corp. bekannt, daß sie ab 1986 zusammen mit Chrysler Corp. jährlich rund 200.000 PKWs in den USA produzieren werde. Zum gleichen Zeitpunkt entschied die amerikanische Federal Trade Commission nach 15monatigen Verhandlungen, daß das geplante Zusammengehen von Toyota und General Motors nicht gegen die Antitrustgesetze verstößt; diese beiden Firmen wollen in Fremont/Kalifornien 300.000 PKWs jährlich produzieren. Nissan Motor Co. will rd. 100 Mio. US\$ in Großbritannien in-

vestieren, um dort 200.000 Einheiten des Modells Nissan Stanza zu produzieren (dem ursprünglichen Investitionsvolumen von 640 Mio. US\$ hatte die Nissan-Betriebsgewerkschaft widersprochen).

Am 19.1. kamen in der zum Mitsui-Konzern gehörenden, unterseeischen Kohlengrube Miike in der Nähe der süd-japanischen Stadt Nagasaki durch einen Stollenbrand 83 Bergleute ums Leben.

Im Januar begann unter dem Motto "Deutsches Festival Japan 1984" die umfangreichste deutsche kulturelle Präsentation, die es bislang in Japan gegeben hat. Bis Dez. werden bekannte Opern-, Ballett- und Tanztheaterensembles, Sinfonie- und Kammerorchester, Chöre und Solisten aus der Bundesrepublik in Japan gastieren; Kunst- und Dokumentationsausstellungen, wissenschaftliche Vorträge und Symposien werden veranstaltet und 165 der wichtigsten deutschen Filme vom Stummfilm bis zur Gegenwart werden gezeigt werden. Vom 23.4.-6.5. wird mit einem voraussichtlichen Gesamtaufwand von etwa 150 Mio. DM die Leistungsschau der deutschen Industrie in Tokyo stattfinden.

Bis zum 20.1. mußten auf Weisung von Ministerpräsident Nakasone alle Mitglieder des Kabinetts ihren gesamten persönlichen Besitz offenlegen; zu melden waren jeglicher Besitz von Grund und Boden einschließlich Gebäuden, Bankanlagen, Wertpapiere, Schulden, Golfclub-Mitgliedschaften, Kraftfahrzeuge, Gemälde und andere Kunstwerke. Mit dieser Maßnahme sollte die "politische Ethik" gefördert werden.

Am 23.1. wurde vom Weltraumzentrum Tanegashima mit einer dreistufigen Trägerrakete der 350 kg schwere japanische Rundfunk- und Fernsehsatellit BS 2 gestartet, der den Empfang von Fernsehprogrammen im äußersten Süden Japans ermöglichen soll. In vier Jahren, nach Start von BS 3, sollen 15 Mio. Haushalte über diese Satellitenkette versorgt werden.

Am 25.1. verabschiedete das Kabinett den Haushalt 1984/85 (1.4.-31.3.), der mit Gesamtausgaben von rd. 600 Mrd. DM nur um 0,5% über dem Volumen des Budgets 1983/84 liegt - der geringste Zuwachs seit 29 Jahren. Bei einer angenommenen Inflationsrate von 2-3% bedeutet dies ein reales Minus. Trotz dieses Sparhaushalts sind nennenswerte Steigerungen für die Zuwendungen an Gebietskörperschaften, den staatlichen Schuldendienst, die Entwicklungshilfe und die Verteidigung vorgesehen. Sinken sollen die Ausgaben für Agrarzwecke und Soziales. Auf der Einnahmenseite wird von einer Steigerung der Steuereinnahmen um 7,1% ausgegangen, teils durch konjunkturelle Besserung, teils durch Steuererhöhungsbeschlüsse. Die Regierung ging von einem Wirtschaftswachstum von 4,2% und einem Leistungsbilanz-

überschuß von 26 Mrd. US\$ aus - beides in 1984/85. Ministerpräsident Nakasone hat sich mit seinen Sparvorstellungen nur z.T. durchsetzen können; so sinkt die Neuverschuldung des Staates nur um 5% von rd. 155 Mrd. DM auf rd. 147 Mrd. DM. Die Verteidigungsausgaben werden um 6,55% steigen, nachdem ursprünglich das Verteidigungsministerium 6,88% gefordert und das Finanzministerium nur 5,1% akzeptiert hatte; die vorgesehenen Ausgaben werden 0,991% des BSPs ausmachen. Die staatliche Entwicklungshilfe soll um 9,7% erhöht werden.

Am 26.1. Reise von Außenminister Shintaro Abe in die USA.

Am 26.1. feierten Tenno Hirohito (82) und Kaiserin Nagako ihren 60. Hochzeitstag.

Die japanische Industrieproduktion stieg 1983 gegenüber dem Vorjahr um 3,5%; dies ist der kräftigste Zuwachs seit drei Jahren.

Ende Jan. forderte EG-Kommissar Wilhelm Haferkamp in einem persönlichen Schreiben an Industrie- und Handelsminister Hikosaburo Okonogi zusätzliche Maßnahmen zur Öffnung des japanischen Marktes für europäische Produkte.

Anfang Febr. nahm der zweitgrößte japanische Automobilhersteller, Nissan, den Vertrieb des von ihm seit Dez. 83 aus japanischen und deutschen Komponenten montierten VW-Santana auf, der in sechs Versionen angeboten wird und umgerechnet zwischen 21-27.000 DM kostet. Der Verkauf von monatlich 2.500 Stück ist vorgesehen.

Am 7.2. landesweite Demonstrationen für die Rückgabe der seit Kriegsende von der Sowjetunion besetzten vier südlichsten Kurilen-Inseln an Japan.

Am 9.2. gab Außenminister Shintaro Abe im japanischen Sicherheitsrat bekannt, daß die Sowjetunion z.Z. in Asien 135 nukleare Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 stationiert hat. Die Zahl der Raketen, in deren Reichweite auch Japan liegt, soll in Kürze auf 144 erhöht werden.

Am 13.2. wies Ministerpräsident Nakasone die Forderung der Opposition nach Ausschluß von Ex-Premier Kakuei Tanaka aus dem Unterhaus zurück.

Die Bundesrepublik wird sich - neben bisher 25 weiteren Staaten - 1985 an der Weltausstellung für Technologie in der japanischen Stadt Tsukuba beteiligen.

Im Febr. beschloß Japan - nach sechs Jahren Pause - ein neues Raumfahrtprogramm. Die kommerzielle Verwendung steht im Vordergrund, auf Prestigeprojekte wird verzichtet. So wurde u.a. beschlossen: ersatzlose Streichung bemannter Raumfahrt; Steigerung der Nutzlast, die künftig japanische Raketen in den Weltraum tragen sollen, von 550 kg auf etwa 2 t; völlige Lösung von den USA, die bisher über Zuliefe-

rungen und Mitspracherechte beträchtlichen Einfluß auf die japanische Raumfahrt hatten. Japan gewinnt damit die Möglichkeit, eigenständig Drittländern Satellitenstarts anzubieten oder Satelliten auch entgegen amerikanischen Wünschen im Weltraum zu plazieren.

Vom 13.-15.2. fanden die routinemäßigen halbjährlichen Konsultationen EG/Japan in Tokyo statt, auf der nach Auskunft des EG-Delegationsleiters, Leslie Fielding, "kleine Fortschritte" erzielt wurden. Die EG legte fünf Forderungen vor: Erleichterungen bei den Bestimmungen über Standards und Zulassung von Pharmaprodukten, Chemikalien und anderen Erzeugnissen; Verbesserung des Marktzugangs einiger landwirtschaftlicher und industrieller Produkte; Abbau von Hemmnissen im japanischen Vertriebssystem; verbesserter Schutz für europäische Handelsmarken und leichterem Zugang zum japanischen Kapitalmarkt (für Banken und Versicherungen). Wenn auch die japanischen Agrarbehörden nach wie vor für Restriktionen eintreten, so bemüht sich die japanische Regierung insgesamt um fortschreitende Liberalisierung. Trotzdem rechnet die EG im Handel mit Japan bis zum Ende dieses Jahrhunderts mit relativ hohen Defiziten.